

Zusammenfassung Studie NFP 42+

Konstruktion eines schweizerischen Südafrikabildes in der Bundesverwaltung 1948-1990: Analyse der „Politischen Berichte“ und „Aussenpolitischen Berichte“

Andreas Kellerhals, Michael Bischof, Noëmi Sibold

Die Untersuchung beschäftigt sich mit der Darstellung des Südafrikabildes in der politischen Berichterstattung der Schweizer Vertretung in Südafrika von 1952-1990. Es wurde klar, dass für den Untersuchungszeitraum weder aus einer diachronen noch synchronen Perspektive von einem einheitlichen Südafrikabild in der Schweizer Diplomatie gesprochen werden kann, sondern vielmehr von einem Meinungspluralismus ausgegangen werden muss. Mithilfe der vorgenommenen Periodisierungen konnten die unterschiedlichen Themenkonjunkturen und Wendepunkte in der Wahrnehmung der südafrikanischen Entwicklung herausgearbeitet und verdeutlicht werden.

Als Quellenbasis der Untersuchung dienten die Politischen Berichte, für die Jahre 1952-1973 wurde zudem das Aussenpolitische Bulletin beigezogen. (Das Aussenpolitische Bulletin nimmt, obwohl es die von den Aussenstellen vorgegebenen Berichte als Grundlage hat, eine andere thematische Gewichtung der Ereignisse in Südafrika vor: Im Unterschied zur Berichterstattung der Diplomaten vor Ort orientiert es sich stärker an der internationalen Themensetzung zu Südafrika. In Bezug auf die Periodisierung kann festgehalten werden, dass das Aufbrechen der Binnenperspektive in den Bulletins früher erfolgt als in der politischen Berichterstattung der Aussenvertretung.) Insgesamt lässt sich festhalten, dass die Politischen Berichte als adäquater Quellenkorpus für die historische Forschung bezeichnet werden können, da sie Rückschlüsse auf die Wahrnehmung und das Weltbild des jeweiligen Berichterstatters erlauben. Im Folgenden sind die wichtigsten Resultate der Analyse der Politischen Berichte kurz zusammengefasst:

1952-1960 Auseinandersetzungen um den Afrikaander-Staat

In den 1950er Jahren richtet die Schweizer Vertretung in Südafrika ihr Hauptaugenmerk auf den Themenkomplex „Politisches System“. Thematisiert wird primär der kontinuierliche Ausbau der Vorherrschaft der Nationalisten nach 1948 sowie deren Bemühen, den Einfluss der Briten auf die Union zu verringern. Die Apartheid hat dabei in der Berichterstattung der Schweizer Diplomaten vorwiegend funktionelle Bedeutung für die Auseinandersetzungen im weissen Lager. Die Einschätzung der Apartheid als Folge der Ethnisierung des politischen Konflikts zwischen Regierungs- und Oppositionslager bringt es mit sich, dass die Frage nach dem politischen und rechtlichen Status der nichtweissen Bevölkerung durch die Schweizer Vertretung nicht diskutiert wird.

Der damit entstehende „blinde Fleck“ wird zusätzlich genährt durch den Umstand, dass sich die Berichterstattung ausschliesslich auf „weisse“ Informationsquellen stützt.

1960-1963: Bildung des weissen Staates und „neue“ Rassenpolitik

Die Vorgänge des Umbruchjahres 1960 prägen die Berichterstattung bis 1963 auf verschiedene Weise. Während die Schweizer Vertretung zum einen die Etablierung der „weissen Kulturnation“ diagnostiziert, stellt sie andererseits, ausgehend von den Ereignissen rund um das Massaker von Sharpeville, eine zunehmende Bedrohung derselben fest. Der amtierende Schweizer Botschafter identifiziert sich in hohem Masse mit dem weissen Nationalismus. Die Sorge um die Bewahrung der „europäischen Kulturnation“ prägt seine Bewertungen und Lagebeurteilungen. So nimmt er die territoriale Rassentrennung als Mittel zur Gewinnung der „friedliebenden Bantu“ sowie zur Entkräftung der zunehmenden internationalen Kritik an der südafrikanischen Rassenpolitik wahr. Die Berichterstattung stützt sich vor allem auf regierungsnahen Informationsquellen, die Interessen der nichtweissen Bevölkerung fliessen nur marginal in die Bewertung ein.

1964-1973: Die Aussenpolitische Dekade

Der südafrikanischen Aussenpolitik wird in der politischen Berichterstattung der Schweizer Vertretung nach 1964 zentrale Bedeutung beigemessen. Nur wenig Niederschlag finden dagegen innenpolitische Vorgänge. Für die Jahre 1964-68 stellen die Schweizer Berichterstatter einen Spagat zwischen der südafrikanischen Innen- und Aussenpolitik fest, welche ab 1970 von einer die beiden Politikbereiche integrierenden Sichtweise abgelöst wird. Die Kontakte zu Repräsentanten Botswanas, Lesothos und Swasilands führen zu einer Veränderung der Wahrnehmung der Schweizer Diplomaten; der ungezwungene Umgang von Weissen und Schwarzen in diesen Ländern lässt für sie die Anormalität der Rassenbeziehungen in Südafrika offenbar werden. Nach 1969 kann in den Berichten zudem eine vermehrte Auseinandersetzung mit ausserparlamentarischen Akteuren festgestellt werden. In ihren Augen scheint das weisse Südafrika eine Welt bewahren zu wollen, die ihre Gültigkeit verloren hat. Die Schweizer Vertretung distanziert sich damit von der These des südafrikanischen Sonderfalls und damit auch von der Berichterstattung der frühen 1960er Jahre. Mit dem Bericht Indermühle erfolgt 1970 von offizieller Schweizer Seite erstmals eine ideologiekritische Bewertung der Apartheid.

1974-1977: Statt Détente und Dialog - Krise und Konflikt

Auch in den Jahren 1974-77 nimmt die Aussenpolitik immer noch grossen Raum ein. Im Zentrum der Schweizer Berichterstattung steht dabei u. a. auch die südafrikanische Politik der Détente (Entspannungspolitik), welche jedoch in der Wahrnehmung des Schweizer Botschafters mit dem Einfall Südafrikas in Angola 1975 gescheitert ist. Der Botschafter steht nicht nur der Aussen-, sondern auch der Innenpolitik Südafrikas skeptisch gegenüber. Er beschreibt die Regierungspolitik in den Jahren 1974-76 als eine Serie von verpassten Chancen und Scheinreformen und kritisiert immer wieder die fehlenden demokratischen und rechtsstaatlichen Strukturen seines Gastlandes. Kritisch wird auch die Nähe der europäischen bzw. schweizerischen Finanzwelt zum offiziellen Südafrika vermerkt. Geändert hat sich auch das in den Politischen Berichten vermittelte Bild der Schwarzen: Nach den Ereignissen von Soweto treten sie als zunehmend einflussreiche Bevölkerungsgruppe und als ernstzunehmende politische Akteure in Erscheinung. Im Unterschied zur Darstellung der Ereignisse von Sharpeville distanziert sich die Schweizer Bot-

schaft nun klar von einer „Rädelsführertheorie“ und bezeichnet die „Anliegen der Protestierenden“ explizit als „legitim“.

1977: Südafrika an der Wegscheide - Bannungswelle und Sanktionen

Ende 1977 ist die Schweizer Botschaft gänzlich desillusioniert, was einen Wandel in Südafrika anbelangt und hält einen Regierungswechsel nur noch im Falle einer „bewaffneten Intervention von aussen“ für möglich. In ihrer ausführlichen Berichterstattung über die Bannungswelle vom 19. Oktober 1977 spricht sie von „Unterdrückungsmassnahmen“ der Regierung. Das UNO-Waffenembargo wird von der Schweizer Botschaft als wirkungslos beurteilt. Dennoch würdigt sie - und dies ist einmalig in den Politischen Berichten - auch die politisch-symbolische Bedeutung des Sanktionsbeschlusses und meldet sogar für die neutrale Schweiz Handlungsbedarf an.

1978-1984: Machtantritt Bothas - „Reformära“ und Aufbruchstimmung

Im Gegensatz zu früheren Jahren ist nun zunehmender Optimismus vorhanden, dass sich in Südafrika „etwas ändern“ könnte. Insbesondere seit dem Amtsantritt von Premierminister Pieter Willem Botha kann von einer neuen Beurteilung des Apartheidregimes durch die Schweizer Diplomaten vor Ort gesprochen werden. Die Weissen erscheinen in der Berichterstattung nun als lernfähig und die „Fortschritte“ der Regierung und deren Reformwillen werden vermehrt in den Vordergrund gestellt. Damit deckt sich die Einschätzung der Politischen Berichte mit derjenigen der südafrikafreundlichen Kreise in der Schweiz. Neu wird auch die Aussenpolitik positiver als bis anhin beurteilt: Vor allem zu Beginn dieser Periode wird sie nicht anhand völkerrechtlicher Normen, sondern am für südafrikanische Verhältnisse „politisch Möglichen“ gemessen.

1984-1990: Südafrika im Umbruch

In den Politischen Berichten der Jahre 1984-90 setzt sich die systemkonforme Perspektive der Vorjahre fort. Die schweren Ausschreitungen und Menschenrechtsverletzungen des Apartheidregimes werden im Unterschied zu früheren Jahren sehr distanziert beschrieben. Ergriff die Botschaft in den 1970er Jahren klar Partei für die Protestierenden und verurteilte die staatliche Gewalt, fehlt jetzt ein solcher Positionsbezug. Klar Stellung nimmt die Botschaft dagegen in der Diskussion um die Sanktionen, indem sie ausschliesslich Argumente der Sanktionsgegner, wie sie in der Schweiz die südafrikafreundlichen Kreise vertreten, verwendet. In den 1980er Jahren nimmt der Berichterstatter wiederum eine paternalistische Haltung gegenüber der nichtweissen Bevölkerung ein. Erst mit dem Amtsantritt Frederik Willem de Klerks und insbesondere seit der Freilassung wichtiger ANC-Exponenten wird für die Schweizer Botschaft klar, dass die Befreiungsbewegung eine wichtige Rolle im südafrikanischen Übergangsprozess spielt. Die Berichterstattung zu aussenpolitischen Themen nimmt in der letzten Periode ab. Im Gegensatz zur Innenpolitik schildert die Schweizer Botschaft Südafrikas Aussenpolitik in den Jahren 1985-1990 sehr sachlich und mit kritischer Distanz.